

hom. Kooperationsverträge, die in den vergangenen Jahren zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien einiger Bundesländer geschlossen worden sind, waren am Sonntag Thema einer Konferenz der Friedensbewegung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus.

Zu der ganztägigen Veranstaltung, zu der rund ein Dutzend Gruppierungen unter Federführung der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/KV) eingeladen hatten, waren etwa 45 Aktivistinnen aus dem badischen Raum und teilweise aus Württemberg gekommen.

Unter dem Motto „Schulfrei für die Bundeswehr – Friedenserziehung stärken“ diskutierte sie, wie es am Beispiel Schule zu einer

Militarisierung der Gesellschaft gekommen sei. In jedem zweiten Bundesland gebe es diese Kooperationsverträge zwischen der Kultusverwaltung und der Bundeswehr.

Baden-Württemberg habe einen solchen Vertrag noch unter der alten schwarz-gelben Landesregierung im Dezember 2009 geschlossen.

Die Friedensbewegten verlangen nun von der neuen grün-roten Regierung die Kündigung. Das machten sie bei einer abschließen-

den Podiumsdiskussion deutlich, zu der alle im Landtag vertretenen Parteien sowie die Linkspartei eingeladen waren. Diskussionsleiter Roland Blach, Landesgeschäftsführer der DFG/VK, versicherte, dass die neuen Oppositionsparteien CDU und FDP lediglich aus terminlichen Gründen absagen mussten.

Er werde ihnen die Ergebnisse der Konferenz in bereits vereinbarten Einzelgesprächen darlegen. Für die Grünen war der neue Karlsruher Abgeordnete Alexander Salomon ge-

kommen. Er ließ keinen Zweifel daran, dass seine Partei und Fraktion den Vertrag aufkündigen wollen. Wie der südbadische SPD-Abgeordnete Christoph Bayer erklärte er aber, dass die neue Landesregierung im Bildungsbereich zunächst drängendere Aufgaben zu erledigen habe, wie etwa die Ganztagschule.

Das sei einer der Gründe, warum das Thema „Kooperationsvertrag“ keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden habe. Bayer,

„Schulfrei für die Bundeswehr“

Friedensbewegte wollen Kooperationsvertrag kündigen / Debatte mit Abgeordneten

der selbst aus der Friedensbewegung kommt, gab zu bedenken, dass das Verhältnis der SPD zur Bundeswehr ein anderes sei als das der Grünen. Er zeigte sich aber optimistisch, dass auch seine Fraktion zu gegebener Zeit einer Kündigung zustimmen werde.

Dirk Spöri, Mitglied im Landesvorstand der Linkspartei, hob hervor, dass die DFG/VK letztlich bereits in den 1980er Jahren aus den Schulen verbannt worden und so ein Ungleichgewicht zugunsten der Bundeswehr entstanden sei.

Die Podiumsteilnehmer erinnerten daran, dass die Landesverfassung Baden-Württembergs und das Schulgesetz „Erziehung zum Frieden“ vorschrieben.